



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und  
**Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Jetzt PFAS-Forschung voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Forschung zu PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) deutlich zu stärken und hierfür finanzielle Mittel bereitzustellen. Ziel ist es,

- PFAS-freie Alternativen für Industrie- und Verbraucherprodukte zu entwickeln und hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Gesundheits- und Umweltrisiken systematisch zu bewerten,
- die Auswirkungen von PFAS und deren Abbauprodukten (wie beispielsweise Trifluoressigsäure (TFA) aus Pestiziden) auf Umwelt, Biodiversität und menschliche Gesundheit sowie deren Ausbreitung in Böden, Gewässern und Trinkwasser vertieft zu erforschen,
- Verfahren zur Entfernung und Zerstörung von PFAS und deren Abbauprodukten (wie beispielsweise TFA aus Pestiziden) aus Abwässern, Flüssen, Böden und Trinkwasser (z. B. Adsorption, Membranverfahren, chemische/thermische Zerstörung) weiter zu entwickeln, zu erproben und deren Praxistauglichkeit zu bewerten.

### Begründung:

Einmal in der Umwelt sind PFAS nicht oder nur sehr schwer aus dem Ökosystem wegzubekommen. Deswegen muss die PFAS-Belastung insgesamt reduziert werden und es müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um PFAS aus unserer Umwelt zu entfernen.

PFAS-freie Alternativen für Industrie- und Verbraucherprodukte zu entwickeln und hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Gesundheits- und Umweltrisiken systematisch zu bewerten ist essenziell, weil PFAS in Sektoren wie Elektronik, Automobil und Radar-Sensorik unverzichtbar wirken. PFAS-freie Kunststoffe (z. B. statt PTFE/PVDF) gibt es bereits für viele Bereiche, diese müssen jedoch weiter erforscht werden. Die Industrie fordert klare Fördersignale und langfristige Mittel, da Wertschöpfungsketten umstrukturiert werden sollen und EU-Verbote ab 2026 drohen.

Eine Vertiefung der Forschung im Bereich der Auswirkungen von PFAS und deren Abbauprodukten (wie beispielsweise Trifluoressigsäure (TFA) aus Pestiziden) auf Umwelt, Biodiversität und menschliche Gesundheit sowie deren Ausbreitung in Böden, Gewässern und Trinkwasser ist erforderlich, da PFAS und TFA als sogenannte Ewigkeitschemikalien gelten und sich nicht in der Umwelt abbauen können. TFA reichert sich als Abbauprodukt durch den Einsatz von PFAS-haltigen Pestiziden auch flächendeckend

auf Äckern an (siehe dazu auch die Studie: „PFAS-Pestizide: Bedrohung für Gesundheit und Umwelt“). Offene Fragen zu Langzeitriskien, Exposition und sozialen Ungleichheiten bestehen, wie Konferenzen des Bundesinstituts für Risikobewertung 2025 betonen. Studien zeigen Belastungen in Deutschland, die Biodiversität und Trinkwasser gefährden, weshalb vertiefte Forschung zu Ausbreitung und Risiken dringend notwendig sind.

Technologien wie Adsorption (z. B. UFZ-patentiertes Verfahren) und Zerstörung sind patentiert und in Erprobung, doch eine Skalierung zur Vollskala fehlt. Bayerische Mittel, welche in die PFAS-Forschung eingebracht werden, könnten regionale Pilotanwendungen vorantreiben, um Verfahren zur Filterung und Entfernung von PFAS voranzutreiben und um Grenzwerte in 2026 einzuhalten.